

Leonid Breschnjew und Helmut Schmidt im Kreml 1974: Die „sozialistische Entspannungspolitik von Schmidt, Brandt, Wehner und Bahr“ will die Opposition durch eine „realistische Friedenspolitik“ ersetzen

Aufnahme: Sven Simon

„Erbärmlicher Opportunismus“ (Kohl) oder „friedenspolitische Klugheit“ (Schmidt)?

Bonns Politik nach Osten – freier, aber riskanter

Von Brandt bis Schmidt: Bilanz der Entspannung im sozial-liberalen Jahrzehnt / Von Josef Joffe

Es drohte der langweiligste Urnengang seit Geburt der zweiten deutschen Republik; zu groß war der Abstand zwischen Helmut Schmidt und Franz Josef Strauß. Doch als sich der einschläfernde Wahlkampf in die letzte, die „heiße“ Phase qualte, erhielten die scheinbar abgeschlagenen Christdemokraten unverhoffte und ungewollte Wahlhilfe aus dem Lager der Kommunisten jenseits von Elbe und Oder-Neiße.

Afghanistan war schon halb vergessen, da drängten die Arbeiteraufstände in Danzig und Stettin plötzlich wieder das Reizthema „Entspannung“ in das Bewußtsein des westdeutschen Wahlvolks. Das erste Opfer der Streikwelle war nicht die deutsche, sondern die bundesdeutsche Führung. Erst mußte Parteichef Gierek seinen Hamburg-Besuch absagen, dann Bundeskanzler Schmidt seine Reise in die DDR. Damit war ein sorgfältig ausgeklügeltes Entspannungsszenario geplatzt, das die Bonner Regierung pünktlich zum Wahlkampf in den stimmträchtigen Glanz erfolgreich praktizierter Friedenspolitik getaucht hätte.

Zusammen mit Gierek und Honecker hätte Schmidt den Beweis liefern können, daß die sozialdemokratische Entspannungsstrategie, vor elf Jahren gegen den erbitterten Widerstand der CDU/CSU aus der Taufe gehoben, auch nach Afghanistan erfolgreich war. Der Händedruck über Mauer und Oder-Neiße hinweg hätte demonstriert, daß die europäische Entspannung selbst dann noch floriert, wenn die Temperatur zwischen den beiden Supermächten unter den Nullpunkt sinkt.

Diese schöne Rechnung durchkreuzten die aufständischen polnischen Arbeiter. In Bonn machte sich ein Alptraum breit: Während der Bundeskanzler mit seinem ostdeutschen Amtskollegen am Werbellinsee gesamtdeutsche Eintracht zelebriert, gehen ein paar hundert Kilometer weiter östlich Militär und Miliz gegen die Streikenden vor. Oder, schlimmer noch: Während Schmidt dem sowjetischen DDR-Regime seine Reverenz erweist, marschieren in Polen sowjetische Truppen mit dem Auftrag zur gewaltsamen Gleichschaltung ein. Knapp zwei Monate vor der Wahl hätte diese Nachtmahr nicht nur das Ende der

europäischen Entspannung, sondern wohl auch das Ende der sozialdemokratischen Herrschaft in Bonn bedeutet.

Auch die vorbeugende Absage an Ostberlin lieferte der christdemokratischen Opposition noch reichlich Wahlkampfmunition. Mit seinem Rückzieher schien sich der Kanzler immerhin der Parole zu unterwerfen, die sein Rivale Franz Josef Strauß ein paar Tage zuvor ausgegeben hatte: „Ich würde in der gegenwärtigen Lage nicht fahren.“ Und hinterher höhnte der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Werner Marx, der Kanzler hätte das Honecker-Treffen erst dann abgeblasen, „als die Peinlichkeit nicht mehr zu überbieten war“.

Die polnischen Streiks drängten sich gleichermaßen zur wahltaktischen Ausbeute auf. Nachdem Schmidt gerade im persönlichen Einsatz einen Milliardenkredit für die hochverschuldeten Polen organisiert hatte, mußte er sich von Strauß fragen lassen, „ob nun auch noch die Sanierung kommunistischer Volkswirtschaften“ zu den Aufgaben der Bundesrepublik gehöre. Die Antwort lieferte der Kanzlerkandidat der Union gleich mit: „Nein... das bringt den Polen weder mehr Freiheit noch ein besseres Leben.“

Die rhetorische Zurückhaltung der Bundesregierung (Schmidt: „friedenspolitische Klugheit“) rügte CDU-Vorsitzender Helmut Kohl als „erbärmliches Zeugnis des Opportunismus“. Und der Bundesvorstand der CDU forderte die Sozial-Liberalen auf, die gesamte „verfehlte Ostpolitik zu überdenken“. Kohl: „Das bleibt die Realität in Europa: der Widerspruch zwischen der Entspannungseuphorie der SPD und den totalitären Machtinteressen kommunistischer Parteiführungen.“ Marx: Die Bundesregierung steht vor dem „Scherbenhaufen ihrer ostpolitischen Illusionen“.

„Verfehlte Ostpolitik“, „Entspannungseuphorie“, „ostpolitische Illusionen“: Die außenpolitischen Wahlkampfthesen anno 1980, von den Krisen in Afghanistan und Polen mit frischer Dringlichkeit versehen, entpuppen sich beim näheren Hinsehen als die Dauerbrenner schon der Wahlkämpfe von 1976, 1972 und 1969.

Vor genau elf Jahren, im September 1969, warnte der damalige Finanzminister Franz Josef



Die polnischen Streiks lieferten der Opposition unverhoffte Wahlkampfmunition. Helmut Schmidt, so die CDU, „steht vor einem Scherbenhaufen ostpolitischer Illusionen.“ Alte Vorwürfe — in Wirklichkeit könnte auch die CDU/CSU nicht auf die historischen Verträge mit Moskau, Warschau und Ost-Berlin verzichten. Sie erweiterten den Spielraum der Bonner Diplomatie und festigten den Zusammenhalt der deutschen Nation. Doch nach Afghanistan sieht sich Bonn im Dilemma — zwischen Solidarität mit Amerika und Kontinuität gegenüber dem Osten. Kann Bonn am Entspannungskurs der siebziger Jahre festhalten, während Moskau und Washington zum Kalten Krieg rüsten?

Strauß vor einem Wahlsieg der Sozial-Liberalen, der unweigerlich in einen „Spaziergang in die Traumlandschaft ostpolitischer Illusionen“ münden würde. Und 1972 — Willy Brandt war gerade mit knapper Not dem Kanzlersturz entgangen, die bitter umkämpften Ostverträge waren endlich (ohne die CDU/CSU) ratifiziert — monierte ein christdemokratisches Wahlpamphlet, daß nur die kommunistischen Regime von der Entspannung profitieren: „Die Menschen haben nichts von den Verträgen.“ Für die CSU galt die sozial-liberale Koalition schon 1972 als realitätsblind: In den Ostverträgen sah sie „nicht das

Ergebnis eines echten Interessenausgleichs“, sondern schlichtweg „Unterwerfungsverträge“ (Bundratsminister Franz Heubl). Im Jahre 1976 forderte die Union wie eh und je die „Entspannung darf in keine Einbahnstraße des Verzichts führen.“

Heute, ein Jahrzehnt nach Unterzeichnung der Abkommen mit der Sowjetunion und Polen, gewährt die CDU/CSU dem ostpolitischen Vertragswerk zwar die De-facto-Anerkennung, ihren Frieden aber hat sie mit der Ostpolitik noch nicht gemacht. „Wir gehen von den geschlossenen Verträgen aus“, heißt es im *Wahlprogramm 1980*. Doch diese lapidare Hinnahme bleibt eingerahmt von zahllosen Vorbehalten und Vorwürfen, die allenfalls von feindseliger Koexistenz zeugen.

Mit „ihrer Art von „Deutschlandpolitik“: habe die SPD/FDP-Koalition bloß „die Spaltung durch ... Anerkennungspolitik gefestigt, ein Gewaltregime auf deutschem Boden anerkannt und weltweit hoffähig gemacht“. Die „sozialistische Entspannungspolitik von Schmidt, Brandt, Wehner und Bahr“ wollen die Unionsparteien durch eine „realistische Friedenspolitik“ ersetzen. Denn die sowjetischen Ziele seien nach wie vor unverändert: „Ausbau der Vorherrschaft, Auflösung des atlantischen Bündnisses, Isolierung der Bundesrepublik.“

Was ist Wahlkampf, was ist Wahrheit?

„Vorwurf „Verzicht und Vorleistung“. Die Bundesrepublik hat in den Ostverträgen und im Grundlagenvertrag mit der DDR in der Tat Verzicht geleistet — nämlich auf Fiktionen wie die deutschen Grenzen von 1937, die Nichtstaatlichkeit des „Phänomens“ DDR (Kiesinger) und die Pseudo-Siegerpose, die sich das Land während des Kalten Krieges angewöhnen durfte. Wie Willy Brandt es am 12. August 1970, dem Tag der Unterzeichnung in Moskau, in einer Fernsehansprache an das Heimatpublikum ausdrückte: „Mit diesem Vertrag geht nichts verloren, was nicht längst verspielt worden war.“ Was in Oppositionskreisen als „Vorleistung“ verschrien wurde, war in Wahrheit die Anerkennung lange verdrängter Realitäten, darunter auch die Quittung für einen verlorenen Weltkrieg.

Tatsache aber war auch, daß derlei „Ver-

zicht“ und „Vorleistungen“ in ein kompliziertes, fein austariertes Geschäft auf Gegenseitigkeit eingebaut wurden. Die Bundesrepublik erkannte den territorialen und ideologischen Status quo in Europa an; dafür akzeptierten die kommunistischen Vertragspartner jene Realitäten, die für Bonn unabdingbar waren: die Viermächteverantwortung für Berlin, die Zuordnung Westberlins zur Bundesrepublik, das „besondere Verhältnis“ zwischen den beiden Nachfolgerstaaten des Reiches und damit auch die Zusammengehörigkeit der Deutschen in Deutschland.

Das feindliche Gegeneinander der beiden deutschen Staaten konnte nun den Anfängen eines „geregelten Nebeneinanders“ weichen; die ewigen Querelen um Berlin wurden endlich entschärft. „Was heute bei uns als selbstverständlich gilt“, sagte Bürgermeister Schütz zum vierten Jahrestag der Inkraftsetzung des Berlinabkommens, „das erschien uns vor fünf Jahren noch als außergewöhnlicher Fortschritt.“ Und: „Niemand wünscht sich die Zustände zurück, die es in und um Berlin (vor 1972) gab.“

„Vorwurf „Verfestigung der Spaltung“. Es ist richtig, daß die Bundesrepublik unter sozial-liberaler Ägide die Hallstein-Doktrin und ihren Alleinvertretungsanspruch auf den Abfallhaufen der Geschichte gekehrt hat und hart bis an den Rand der De-jure-Anerkennung ihres ostdeutschen Gegen-Staates gegangen ist. Die Wiedervereinigung als operatives Ziel bundesdeutscher Außenpolitik wurde ebenso aufgehoben wie die diplomatische Quarantäne der DDR; seitdem ist der zweite deutsche Staat weltweit anerkannt.

Tatsache aber ist auch, daß über die Wiedervereinigung als Wille und Vorstellung „kein Kreuz gemacht“ wurde (Sowjetaußenminister Gromyko). Unwidersprochen nahm der Kreml einen „Brief zur deutschen Einheit“ entgegen, der die Option der Wiedervereinigung nach wie vor offenhält.

Wichtiger als alle juristischen Kautelen war allerdings die politische Dynamik, die gerade auf Grund der vertraglichen Anerkennung des Status quo in Gang gesetzt wurde. Willy Brandt drückte

● Fortsetzung nächste Seite

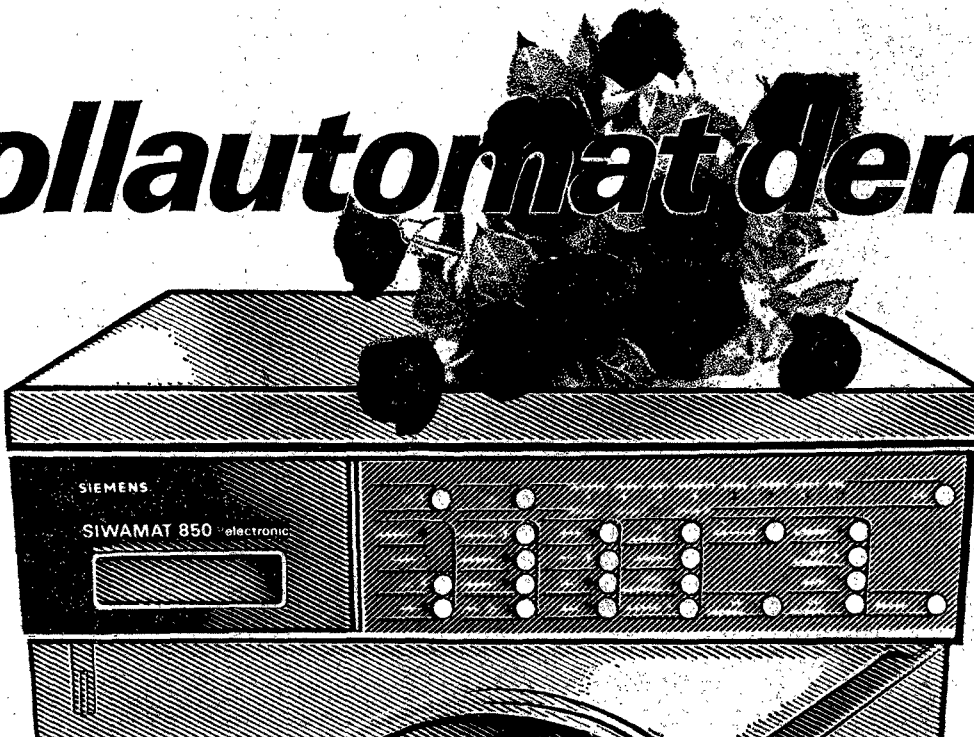
SIEMENS

Dieser Waschvollautomat denkt mit...

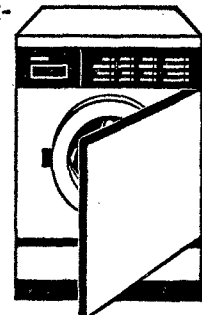
neuer SIWAMAT mit Siemens electronic

Planen Sie den Kauf einer neuen Waschmaschine? Dann sollten Sie wissen: Sie können jetzt die Technologie der Zukunft kaufen. Denn Siemens electronic setzt auch in der Wäschepflege neue Maßstäbe.

- Dieser neue SIWAMAT 850 electronic
- denkt mit Ihnen gemeinsam über die beste Programmauswahl nach
- läßt Ihre wertvolle Wäsche noch länger leben
- hilft Ihnen, noch mehr Energie zu sparen
- gibt Ihnen das Gefühl der unbedingten Sicherheit
- Und — er hält sein Versprechen über viele Jahre.



Sie sollten sich den neuen SIWAMAT 850 electronic bei Ihrem Fachhändler unbedingt vorführen lassen! Achten Sie auf das Rosen-Symbol am Schau-fenster. Die Rosen — als Kompliment für Technik, die fortschrittlich und zugleich menschlich ist. Gern schicken wir Ihnen vorab unseren Prospekt. Schreiben Sie an Siemens, ZVW 150/11e, Postfach 103, 8000 München 1.





WAHL 1980

Fortsetzung von Seite 9

es 1972 in der Ratifizierungsdebatte so aus: „Wenn auf der Grundlage dieser Verträge Entspannung und Zusammenarbeit zwischen Ost und West in Europa in Gang kommen, dann wird auch das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander eingebettet sein in ein Klima, in dem es leichter sein wird, mehr Kommunikation und mehr Freizügigkeit zu erreichen.“

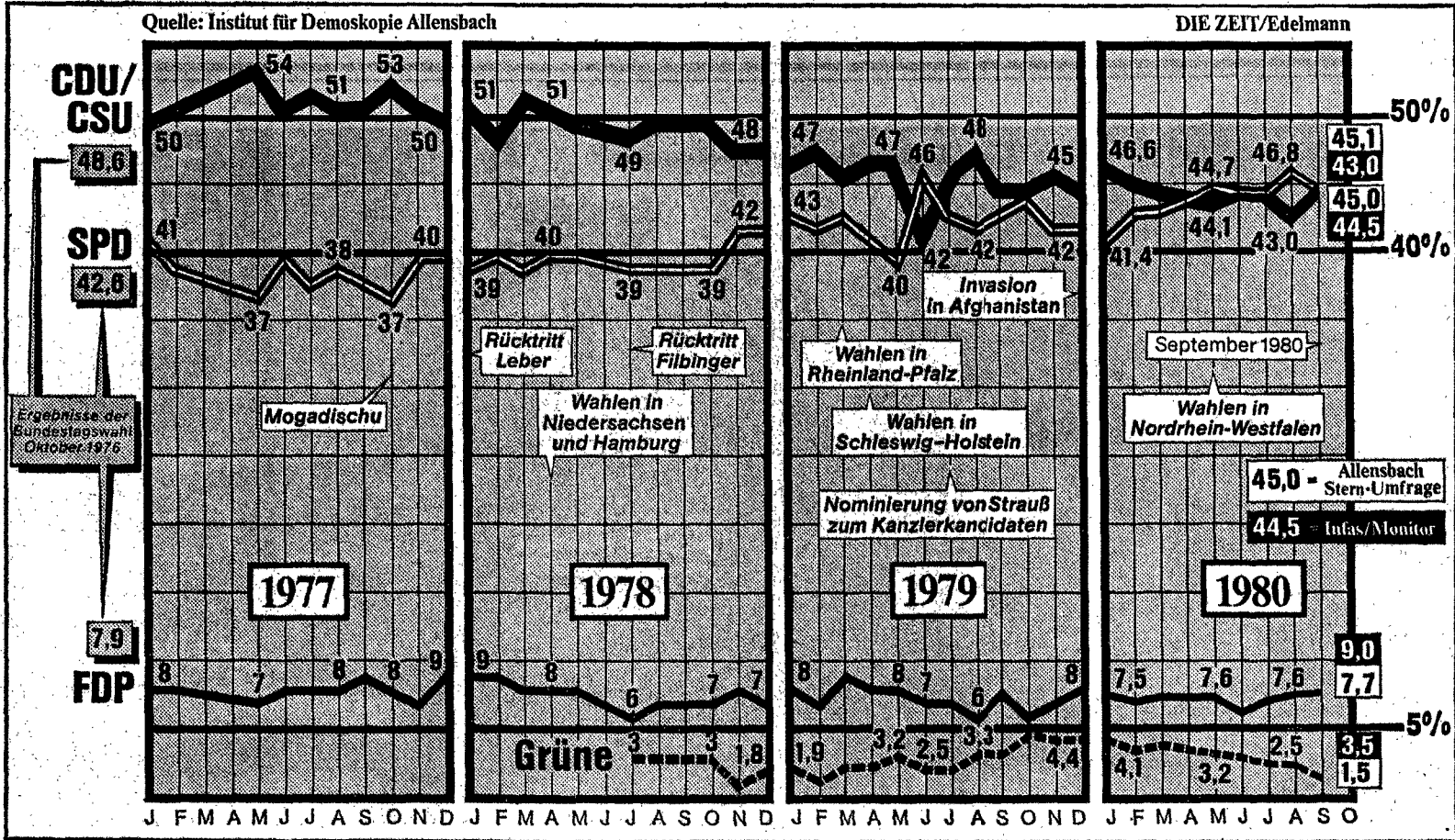
Mit anderen Worten: Wenn die Berliner Mauer nicht niedergedrückt werden konnte, mußte sie wenigstens durchlässiger werden; wenn die Wiedervereinigung eine hehre, aber leere Vision blieb, dann mußte zumindest ein geregelter Nebeneinander oder sogar Miteinander möglich sein; wenn die Spaltung der Nation unüberwindbar war, mußte alles versucht werden, um die Trennung des Volkes zu mildern. Doch nur die Bestätigung der Dinge konnte diesen Prozeß wirklich in Bewegung setzen: Diese Einsicht war das eigentliche — und nur scheinbar paradoxe — Kernstück der gesamten Ostpolitik.

Die Entwicklung der letzten zehn Jahre hat dieses Paradox längst aufgelöst und die Prämissen der Brandt/Scheel-Koalition bestätigt. Mauer, Schießbefehl und Todesstreifen gehören zwar nach wie vor zur deutsch-deutschen Realität, doch die Härten der Teilung sind gerade auf Grund der sozial-liberalen „Anerkennungspolitik“ spürbar gemildert worden. Seit über einem Jahr ist an der „Zonengrenze“ kein Mensch mehr erschossen worden.

Im Jahre 1979 reisten 7,4 Millionen Bürger der Bundesrepublik und Westberlins in die DDR und nach Ostberlin — 1970 waren es bloß 2,4 Millionen gewesen.

1970 war es unmöglich, von Westberlin nach Berlin-Ost zu telefonieren; im Vorjahr wurden rund 10 Millionen Gespräche registriert.

Vom „grenznahen Verkehr“, der erst seit dem Grundvertrag möglich ist, machten 1979 rund 415 000 Bundesdeutsche Gebrauch.



Die Opposition im Aufwind: Ende August führte die SPD mit knapp drei Prozent; in dieser Woche hat die CDU/CSU einen hauchdünnen Vorsprung

Von 1970 bis heute konnten rund 353 000 Deutschstämmige aus Osteuropa in die Bundesrepublik übersiedeln.

Der innerdeutsche Handel wuchs in dieser Zeit von 4,6 auf knapp 10 Milliarden Mark pro Jahr, der Handel mit der Sowjetunion von knapp 3 auf 14 Milliarden Mark.

Wer diese Zahlen an prinzipiellen Werten wie Selbstbestimmung und Freizügigkeit mißt, wird den Fortschritt vielleicht für gering und den gezahlten Preis für zu hoch halten. Wer indes die Politik als „langsam Bohren von harten Brettern“ (Max Weber) versteht und dabei auch die evolutionsfeindlichen Machtverhältnisse in Europa im Auge behält, die nur ein Atomkrieg verändern könnte, wird die Ostverträge kaum ungeschehen machen wollen.

■ Vorwurf „Außenpolitische Isolierung“: Das gewichtigste Argument für den ostpolitischen Aufbruch der frühen siebziger Jahre ist jedoch, daß der Bundesrepublik damals gar keine andere Wahl blieb. Die „alte“ Ostpolitik — die Politik der Rechtsansprüche und Maximalforderungen, des Revisionismus und scheinbaren Revanchismus — konnte selbst als Fassade nur so lange aufrechterhalten werden, wie die Bündnispartner die deutschen Querelen zu den ihren machten. Nachdem aber Bonn Hauptverbündete — Amerika und Frankreich — ab Mitte der sechziger Jahre deutlich demonstrierten, daß ihnen Verständigung und Rüstungskontrolle wichtiger waren als Lippenbekenntnisse zur deutschen Einheit, mußte die Bundesrepublik entweder den Anschluß an den Entspannungstreck suchen —

oder den Ausschluß und die diplomatische Isolierung riskieren.

Willy Brandt hatte deshalb recht, als er während der Vertragsdebatte im Bundestag warnte: „Unser friedliches Streben nach deutscher Einheit wurde durch diese Verträge dem Vorwurf der Friedensstörung entzogen... Die Verhältnisse sind nicht besser, sondern seit langem stetig schlechter geworden.“ Es galt zu verhindern, daß „die Entspannung um Deutschland herumgeht oder über es hinweggeht“. Und schließlich: „Eine antideutsche Koalition war der Alptraum Bismarcks, der Alptraum Adenauers. Wir dürfen nicht selbst dazu beitragen, daß aus der Sorge eine Bürde wird.“

Die unumgängliche Kurskorrektur hat nicht nur das Gespenst der diplomatischen Isolierung

gebannt. Durch Bereinigung ihres Sonderkonflikts mit dem Osten konnte die Bundesrepublik zugleich ihre bis dato komplette Abhängigkeit vom Westen verringern. Auch unter guten Verbänden fordert die Solidarität ihren Preis. Da Bonn seinen Sonderkonflikt nur mit geliehener Stärke durchhalten konnte, mußte es zwei Jahrzehnte lang kräftig Zinsen an die westlichen Partner zahlen: in Form einer durchgängigen Anpassungspolitik, die oft genug von einer beflissenen Unterordnungspose nicht mehr zu unterscheiden war. Nach 1972 aber konnte die Bundesrepublik endlich eine „normale“ Außenpolitik führen.

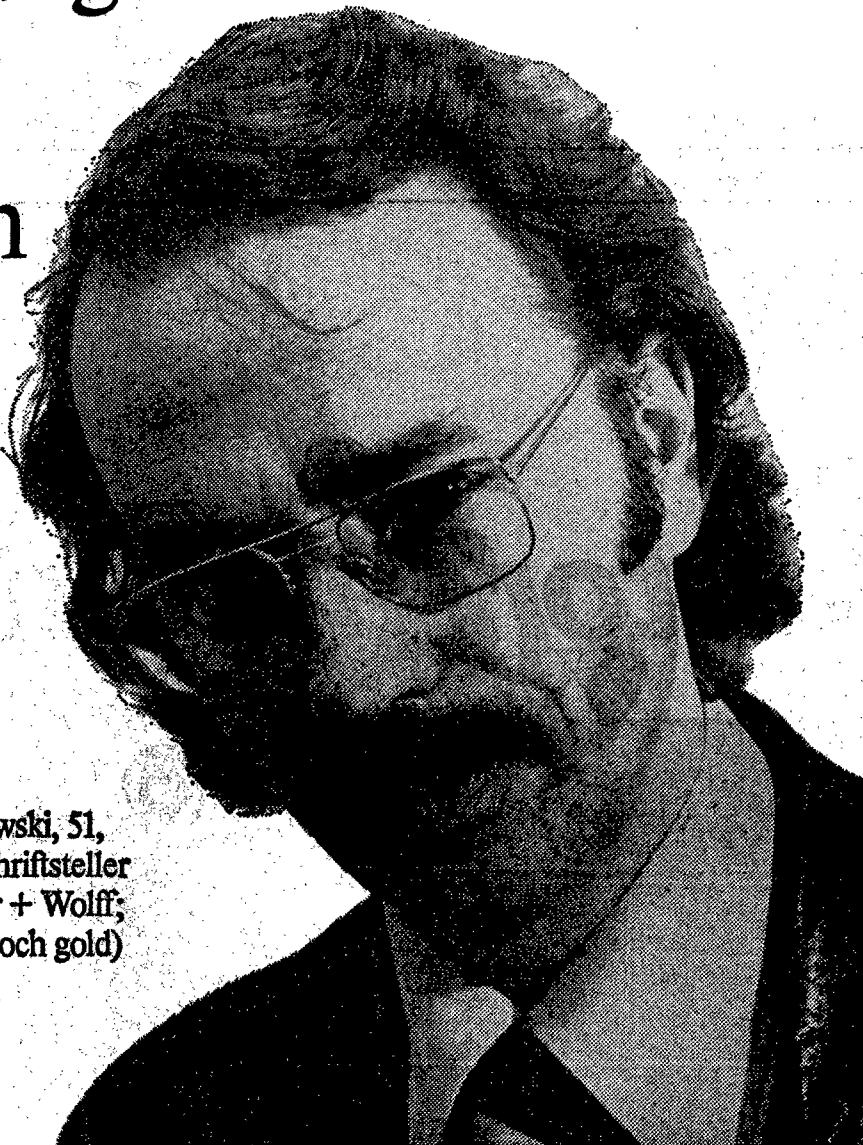
So gesehen waren die Ostverträge keine „Unterwerfungsverträge“, sondern ein Akt der dreifachen Emanzipation: vom Osten, vom Westen, von den eigenen Illusionen. „Unsere Außenpolitik“ — so Brandt im Februar 1972 —, „kann auf einem Bein stehen, aber nur auf zwei Beinen gehen.“ Gemeint war: Die Bundesrepublik kann erst dann wirkliche Handlungsfähigkeit gewinnen, wenn sie ihre Verankerung im Westen durch Versöhnung mit dem Osten ergänzt.

Strauß: Pacta sunt servanda

Zum Schluß konnte sich auch die Opposition diesen Einsichten nicht verschließen. Immerhin hat es zumindest die CDU peinlichst vermieden, die Ostverträge während der Ratifikationsdebatte im Mai 1972 zu Fall zu bringen — indem sie sich der Stimme enthielt und damit der Koalition eine unangefochtene Mehrheit verschaffte. Zudem ist in der Hitze der nachfolgenden Wahlkämpfe — von 1972 bis heute — gerade auf der Unionsseite vergessen worden, daß die CDU den Verträgen im allerletzten Moment, einen Tag vor der Ratifikation, doch noch ein Unbedenklichkeitszeugnis ausstellte. In einer Erklärung des Bundesvorstands vom 16. Mai wurde den Verträgen bescheinigt, daß sie die deutsche Frage nicht präjudizieren, den Weg zur friedlichen Wiedervereinigung offenlassen und weder im Widerspruch zum westlichen Bündnis noch zur europäischen Integration stehen. 1972 waren Regierung und Opposition einer „nationalen“ Allparteien-Außenpolitik viel näher gekommen als es beide seitdem wahrhaben wollen.

Wo steht die Opposition heute? Immerhin brüstete sich Strauß noch vor einem Jahr: „Ich war der erste Politiker der Union, der... im Januar 1973... unmißverständlich erklärt hat, für uns gelte: pacta sunt servanda — Verträge müssen eingehalten werden.“ Doch im August 1980, zum zehnten Jahrestag der Unterzeichnung des Mos-

Walter Kempowski: „Unser Staat braucht eine gesunde und starke dritte Partei. Jeder Wähler sollte sich vor Augen halten, was es bedeutet, wenn sie fehlt. Die Bundesrepublik würde geistig veröden, wenn die liberale Idee als organisierte politische Kraft nicht mehr vorhanden wäre. Was für ein trauriges Bild ein Zwei-Parteien-System bietet, zeigen die USA.“



Walter Kempowski, 51, Landlehrer, Schriftsteller (u.a. Tadellöser + Wolff; Uns geht's ja noch gold)

ZEIT-Serie: Wie uns die anderen sehen

Demokraten im Zweifel

Immer noch suchen die Deutschen nach ihrer eigenen Identität / Von Daniel Dagan

Im Flugzeug nach Moskau saßen wir unter Kollegen und plauderten über Politik. Hinter uns wußten wir die Sondermaschine des Kanzlers. Sie war erst später gestartet. Diesmal folgte Helmut Schmidt uns — und nicht umgekehrt.

Unter einigen Journalisten kursierte ein sogenanntes „vertrauliches Dokument“, das angeblich von einem Mitarbeiter des Kanzlers abgefaßt worden war. Darin wurde — für den Vorstand der SPD — der amerikanische Präsident „vertraulich“ unter die Lupe genommen: In Venedig soll Schmidt herausgefunden haben, Carter sei mangelhaft informiert gewesen über den Nato-Doppelbeschuß (Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa bei gleichzeitigem Verhandlungsangebot an den Osten).

Wieder einmal konnte der Kanzler den Präsidenten belehren, konnte er Kompetenz und Sachkenntnis demonstrieren. Was auch immer sich in Venedig zugetragen haben mochte, der Inhalt des Vorstandsberichts entsprach jenem Kanzlerimage, das sich bei manchen — zu Recht oder zu Unrecht — festgesetzt hat: Helmut der Große, der die Weltkugel auf der Fingerspitze balanciert und dreht, und dabei die Krisenherde lokalisiert und beherrscht. Afghanistan war schon fast vergessen, die Ost-West-Gespräche waren dank Schmidt wieder aufgenommen. Wir aber waren auf dem Weg, um bei einer großen politischen Show zu assistieren. Vielleicht sollte es auch mehr als nur eine Show sein. Indes: Der Wahlkampf hat begonnen.

Einen anderen Großen erlebte ich dieser Tage in Kassel. Wir saßen im Ruheraum des Kanzlerkandidaten, in einem plakatierten Bus. Strauß brauchte Bier und Zeit, um all seine Gedanken loszuwerden — und um seine Kompetenz und Schlagfertigkeit wieder einmal vorzuführen. Er genoß es, seinen Gegner als Maulhelden, Schauspieler, gar als unfähigen Macher zu beschreiben. Und — nicht anders als Schmidt — schlüpfte er in seine Lieblingsrolle: Franz Josef der Große, der Weltgewandte, der auf der weltpolitischen Bühne zu Hause ist wie eh und je und wie kein anderer.

Er, Franz Josef Strauß, wäre kein Bayer mehr und das Mittelmeer befände sich im Pazifik und die Sahara am Nordpol, wenn die Russen den Herrn Schmidt nicht als Bundeskanzler für weitere vier Jahre wollten. Er habe sogar den starken Verdacht, daß Moskau dem Herrn Schmidt eine Wiederwahlhilfe leisten wolle, und es die Kremlieren deswegen vermieden, den polnischen Arbeiteraufstand mit Panzern zu brechen. Bei den wenig rosigen Wahlchancen des Kandidaten könnte man fast sagen: Kanzleramt hin, Kanzleramt her — für die polnischen Arbeiter hat sich der deutsche Wahlkampf in jedem Fall gelohnt.

Die eine große Show (Schmidts Treffen mit Gierek und mit Honecker) platzte, die andere Show (der von Strauß vermutete mögliche sowjetische Einmarsch) fand nicht statt. Trotzdem, der Kanzler und sein Gegenspieler sind zwei große Persönlichkeiten, zwei große Akteure der Weltpolitik.

Gleichzeitig aber manifestiert sich im Wahlkampf eine Unsicherheit der Spitzenpolitiker: der permanente Zweifel an der demokratischen Substanz des anderen. Jeder will beweisen, daß er als Hüter der Verfassung/freiheitlichen Grundordnung (FDGO) noch mutiger und entschlossener aufträte als sein Gegner. Jeder kocht seinen Antikommunismus auf und beschwört das Bild einer akuten inneren Gefahr, die gar nicht existiert.



Wahlzeiten sind Zeiten angestrengter Nabelschau. Die ZEIT hat deshalb eine Reihe von Bonner Auslandskorrespondenten gebeten, unser „Innenleben“ von außen zu betrachten. Was steht zur Wahl — aus fremder Sicht? Wir setzen die Serie fort mit einem Beitrag des Israelis Daniel Dagan.

Die Wortwahl der Politiker im Wahlkampf macht es offensichtlich: alle sprechen von Verfassungsfeinden, -treue, -schutz, -gericht, -bruch, „....., -Abc, schlechthin.“

Dabei ist die Verfassung zunächst nur ein Stück Papier. Als solches hat es doch gegenüber dem Individuum keine Macht, um seinen Inhalt durchzusetzen. Die Verfassung ergibt nur Sinn, wenn Menschen die Verfassung von sich aus zu ihrem Maßstab machen — wenn sie wie selbstverständlich danach handeln, ohne ständige Berufung auf formale Paragraphen.

Warum diese Selbstzweifel am demokratischen Bewußtsein der Republik? Fürchtet man, eine „von außen auferlegte Demokratie“ (Stichwort re-education) könnte doch nicht tief genug verwurzelt sein?

Ich bin's zufrieden, daß der Wahlkampf erklärtermaßen außenpolitische Zielsetzungen favorisiert, und daß gleichzeitig die vorhandene Unsicherheit gegenüber der eigenen demokratischen Substanz anschaulich wird. Für mich sind das eben die beiden Grundphänomene, die das politische Deutschland — sei es nun zum Guten oder Bösen — weitgehend kennzeichnen. Wieder wird deutlich, wie die Deutschen doch noch immer auf der Suche nach der eigenen Identität sind. Strauß will die bundesrepublikanische Orientierung am Westen vor Egon Bahr und Co. retten, Schmidt die mit Mühe geschlagenen Brücken der Verständigung und Aussöhnung mit dem Osten aufrechterhalten und ausbauen. Und beide bekennen sich gleichzeitig auch zum jeweiligen, vom Gegner hervorgehobenen Ziel.

Sind die Bundesrepublikaner *for ever* in der westlichen demokratischen Ordnung und Allianz eingebettet? Oder fühlen sie sich trotz aller politischer Mißlichkeiten doch immer als eine gesamtdeutsche Nation, so daß sie sich zuallererst ihren Mitbürgern in der DDR verpflichtet sehen?

Der Spielraum zwischen westlicher Allianz und Ostpolitik — das zeigt sich auch im Wahlkampf, wo ich als ausländischer Beobachter kaum Sachunterschiede zwischen den Parteien feststellen kann — ist äußerst begrenzt. Die zwei Großen wollen beides, und letzten Endes geht es um die vernünftigen Relationen, um politische Kompetenz, um die richtigen Akzente und um diplomatisches Geschick. Nur für den Dritten — die FDP — geht es diesmal ums Ganze...

Daniel Dagan, 1944 in Kairo geboren, lebt zur Zeit in Bonn, wo er als Europa-Korrespondent der israelischen Zeitung „Ha'aretz“ tätig ist.

kauer Vertrages, hieß es wieder: „In ideologisch-utopischer Verkennung, daß Entspannung für Moskau nur die Fortsetzung des Ost-West-Ausgleichs mit anderen Mitteln ist, stolpern die Regierungen Brandt/Schmidt in die vom Krenn ausgelegte Falle.“

Munition aus den Arsenalen längst entschiedener Schlachten? Dieser Vorwurf trifft nicht nur die Opposition. Wahlkämpfe fordern ja immer zu eigenwilliger Geschichtspflege heraus — nach der Devise: „Der Fehler von gestern ist der Fluch von heute“ (Opposition) oder „Richtig bleibt, was richtig war“ (Regierung).

Doch die Zeiten ändern sich. Richtig ist, daß der große ostpolitische Aufbruch der frühen siebziger Jahre nützlich, notwendig, ja unumgänglich war. Es war die kurze Hochzeit der Entspannung — als die Kleinen mitvollziehen konnten (und mußten), was die Großen in Gang gesetzt hatten, die Großen aber zu billigen hatten, was die Kleinen in Bewegung brachten. Ostverträge und Grundlagenverträge, Berlinabkommen und KSZE, Salt und die „Moskauer Prinzipien-erklärung“ — also die Grundpfeiler der Verständigung zwischen Deutschen, Europäern und Supermächten — reichten sich bruchlos in das überwältigende Gefüge ein, das „Entspannung“ hieß.

Nur: Seit Mitte der siebziger Jahre haben außer-europäische Verwerfungen dieses Gebäude immer nachhaltiger erschüttert: das Vordringen der Sowjets in Angola, Äthiopien und Jemen; ihr scheinbar blindes Vorwärtstreiben auf dem strategischen Felde wie im Mittelstreckengebiet; schließlich ihr Einmarsch in Afghanistan. Zwischen den Supermächten ist die Entspannung zumindest scheinbar — das attestieren Getreideembargo, Olympiaboykott, Technologiesperren und der Zusammenbruch von Salt.

Die Folge: Vor zehn Jahren marschierten Deutsche und Amerikaner zwar nicht immer im Gleichschritt, aber doch in dieselbe Richtung. Mehr noch: Ohne das zusätzliche Gewicht der Vereinigten Staaten wäre der ostpolitische Hebel der Bundesrepublik allemal zu kurz gewesen, um ein ähnlich ausgewogenes Vertragswerk durchzusetzen. Heute aber, zumal nach Afghanistan, herrscht deutsch-amerikanische Eintracht nur noch in den beschwörenden Appellen sozial-liberaler Wahlkämpfer.

Fazit der CSU laut Landesgruppen-Chef Friedrich Zimmermann: „Der Bundeskanzler kann hier noch so viele verbindliche Worte von sich geben: Das westliche Bündnis hat Risse bekommen.“ Die Union, zumal ihre bayerische Fraktion, will die Schuld natürlich dem Kanzler („Transporteur der politischen Ziele Moskaus“ — Strauß) und seiner Partei („Kurs in die Arme Moskaus“ — Zimmermann) anlasten.

Freilich sind die Risse unvermeidlich geworden, seitdem

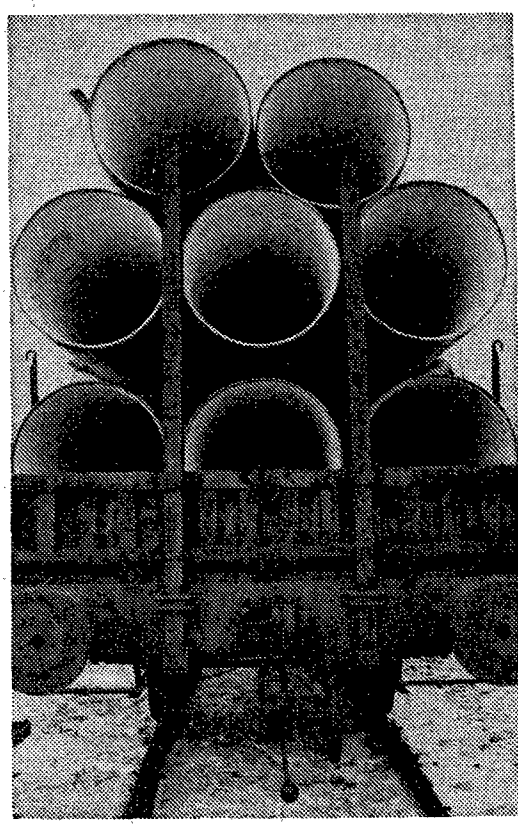
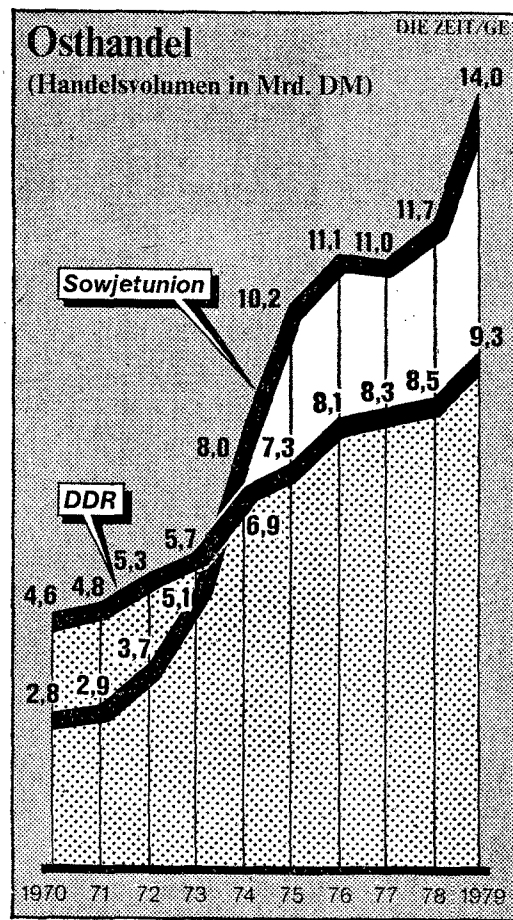
— die Bundesrepublik ihren Sonderkonflikt mit dem Osten bereinigt hat,

— die Sowjetunion eine Politik der teilbaren Entspannung verfolgt,

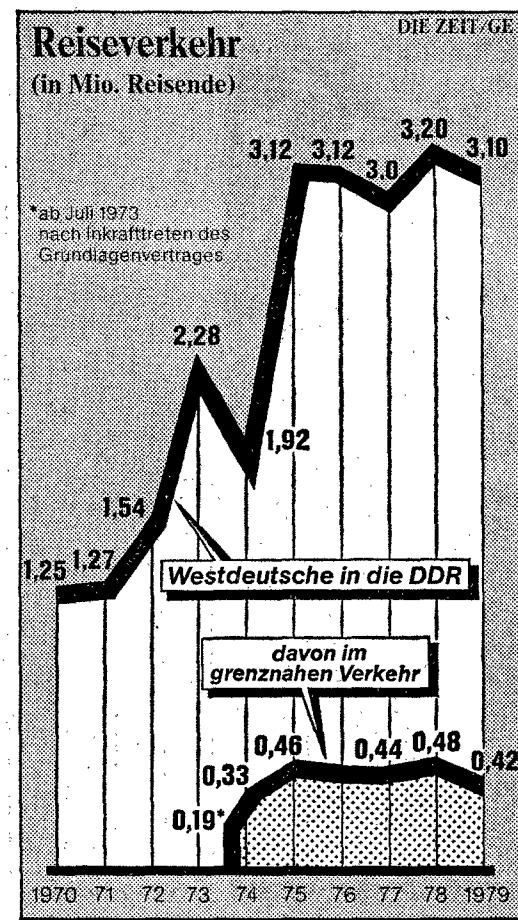
— und die Vereinigten Staaten ihre Verbündeten auf einen harten Kurs gegen Moskau einzuschwören versuchen.

Die „Neue Ostpolitik“ hat die Bundesrepublik nicht nur beweglicher gegenüber dem Westen, sondern auch empfindlicher gegenüber dem Osten gemacht. Wo gar keine Beziehungen bestanden, gab es nichts zu hegen und zu pflegen. Heute sind aus den Verbindungen Bindungen geworden: Aussiedler, Reiseerleichterungen, ja selbst Autobahnprojekte zwischen Hamburg und Berlin sind nicht nur die Früchte der Bonner Ostpolitik, sondern auch Unterpfeiler Bonner Wohlverhaltens. Der Sonderkonflikt von ehemals hat sich in eine Art Sonderentspannung mit dem Osten verwandelt. Was Wunder, daß Willy Brandt im März appellierte, „das Wenige, aber doch Beachtliche, das wir in dieser Richtung erreicht haben, vor der Zerschlagung zu bewahren“.

Die Sowjetunion signalisiert nicht erst seit Afghanistan, daß sie gewillt ist, Europa als Spannungsinself zu respektieren. Nach dem Einmarsch hat Moskau eine geschmeidige Doppel-



Röhren gegen Energie — trotz Afghanistan: Am 1. Juli einigten sich Bonn und Moskau über ein Multimilliarden-Projekt, das Sibiriens Erdgasvorräte für Westeuropa erschließen soll



strategie inszeniert. Einerseits unterstützt sie die Europäer diskret bei allen Versuchen, den Kontinent gegen die Krisenbrandung aus der Dritten Welt abzuschotten: durch symbolische Truppenabzüge, Gipfeleinladungen oder großvolumige Kooperationsangebote bei der Energieversorgung. Auf der anderen Seite droht sie entrüstet mit „verhängnisvollen Konsequenzen“, wenn sich der Westen — etwa mit dem Brüsseler Nachrüstungsbeschluss — zu überfälligen Gegenmaßnahmen aufrafft. Dieser Beschluss habe „unsere bilateralen Beziehungen ernsthaft belastet“, heißt es in einem Brief Breschnevs an den Bundeskanzler im März 1980. Eine fatale Alternative.

Die Lage ist um so fataler, als Europas Schicksal von einem amerikanischen Präsidenten abhängt, dessen „Zick-Zacks“ und „Flip-Flops“ (Time Magazine) zur fest eingefahrenen Routine geworden sind. Jimmy Carter hat in seiner Außenpolitik seit 1977 einen für Freund und Feind unkalkulierbaren Kurs zwischen den Extremen der Schwäche und des Schwachsinn gesteuert. Wer will es den Westeuropäern verdenken, daß sie gegenüber Amerika laivert und gegenüber der Sowjetunion ein Höchstmaß an Rückversicherung herausgeholt haben?

Eurozentrischer Kurs für den Notfall

In Bonn hat sich dieses Dilemma seit Beginn der Afghanistankrise in einer Politik niedergeschlagen, die eine Vielfalt auseinanderstrebender Interessen und Ängste in einem empfindlichen Gleichgewicht zu halten versucht. Obwohl nicht wirklich zweideutig (Schmidt: „When the chips are down“, zähle nur noch der Westen), blieb die Strategie der SPD/FDP-Koalition doch unendlich genug, um eine perfekte Zielscheibe für die Opposition abzugeben. Während der Regierungssprecher Böll dem Kanzler bescheinigte, er zeige nicht einmal die „Spuren eines Neutralitätsdenkens“, verwies Schmidt auf seine Leistung als ehrlicher Makler: Bonn habe kräftig mitgeholfen, „den internationalen Dialog“ wieder in Gang zu setzen und die „Phase der Sprachlosigkeit“ zu überwinden (Juli 1980). Er befürwortete „diplomatischen Druck auf die Sowjetunion“, freilich eingerahmt in einer Politik, die es der östlichen Supermacht erlaube, „ihr Gesicht und ihre berechtigten Sicherheitsinteressen zu wahren“ (April 1980).

Auch dies sind Echos von gestern. Lange vor Afghanistan, im November 1977, hatte der Kanzler in Warschau einen „eurozentrischen“ Kurs für den Notfall vorgezeichnet: „Wir Deutschen wollen (die Bemühungen um die Entspannung) nicht den beiden Großmächten allein überlassen. Ich denke, es liegt im ureigensten Interesse der mittleren und kleineren Mächte Europas... daß sie nicht nur passiv über den Atlantik nach Westen oder nach Osten in Richtung Ural schauen.“

Für den Kanzlerkandidaten der CDU/CSU waren derlei rhetorische Drahtseilakte Grund genug, Helmut Schmidt als Appeasement-Apostel an den Pranger zu stellen: „Zur Rettung seiner Ostpolitik... und aus Angst vor der Moskauer-Fraktion in seiner Partei schafft (Schmidt) das psychologische Klima für einen Frieden durch Kapitulation.“ Selbst moderate Christdemokraten wie der „Schatten-Außenminister“ Walther Leisler Kiep, der sich zum Ärger seiner Partei schon vor Jahren für die sozial-liberale Ostpolitik stark gemacht hatte, warfen dem Kanzler „Weltschmerz“ und „Prioritätenverwirrung“ vor: „Es gibt mit Sicherheit keine geplante Demontage, aber es gibt das Unterlassen von wichtigen Handlungen gerade seit Afghanistan, die ich mir für eine Festigung unserer Westbindung gewünscht hätte.“

Olaf von Wrangel, CDU-Mitglied des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, zur ZEIT: „Es ist doch schlichtweg eine Fiktion, so zu tun, als ob die Entspannung in Europa vom restlichen Weltgeschehen zu trennen ist. Zum Beispiel: Es sind doch unsere und nicht Amerikas Ölquellen, die im Golf auf dem Spiel stehen. Afghanistan berührt uns viel mehr, als die Öffentlichkeit wahrhaben will.“ Im ideologischen Spektrum der Union steht Wrangel „irgendwo zwischen Kiep und Weizsäcker“ — so ein langjähriger Freund und Kollege. Doch auch er zeigt die SPD eines gefährlich falschen Bewußtseins: „Die SPD glaubt, Alternativen zum engen Schulterschluss mit Amerika zu haben; wir nicht — selbst wenn wir uns in Einzelfragen über die Amerikaner beklagen.“

Auch wenn man die wahlkämpferischen Overkill-Phrasen, die uralten Klischees und die gestillten Leerformeln abzieht: Die Opposition hat zumal nach Afghanistan im Vergleich zur Regierungskoalition einen geradlinigen Kurs ge-

steuert: in Richtung Amerika, erhöhter Verteidigungsbereitschaft und ostpolitischer Verhärtung.

Beispiel „Olympiaboykott“: Anfang Januar, zwei Wochen nach dem sowjetischen Silberstein-Einmarsch in Afghanistan, war in Bonn noch niemand für einen Olympiaboykott zu haben — selbst die CDU/CSU nicht. Werner Marx, der außenpolitische Sprecher der Opposition, wußte: „Es geht nicht um die Olympischen Spiele. Das ist nur ein Nebenschauplatz, auf dem man nur im äußersten Notfall reagieren sollte.“ Regierung und Opposition, Volk und NOK-Funktionäre traten im engen Schulterschluss für die strikte Trennung von Sport und Politik ein: Nur 28 Prozent der Bevölkerung befürworteten einen bundesdeutschen Olympiaboykott.

Doch schon Mitte Januar begann die ungewohnte Eintrachtsfront zu wanken — unter dem Druck des amerikanischen Olympialimitums, das den Sowjets einen Monat zur Räumung Afghanistans gab und die Europäer unverschämten Zögen scharte sich als erste die CDU um den empörten Jimmy Carter. Am 21. Januar verkündete ihr Präsidium das neue christdemokratische Credo: „Die CDU unterstützt die Haltung des amerikanischen Präsidenten.“

Die SPD stand in Treue fest zu den Sportlern — und gegen Jimmy Carter. Geschäftsführer Egon Bahr: „Die SPD... steht einem Boykott der Olympischen Spiele negativ gegenüber, weil wir nicht glauben, daß das den beabsichtigten Zweck erfüllt.“ Helmut Schmidt schwieg. Doch was er dachte und fürchtete, vertraute er Reportern auf seinem Rückflug von Amerika Anfang März an: Ein Boykott könnte die Rüstungskontrollgespräche zwischen Ost und West stören. Franz Josef Strauß war inzwischen voll auf den harten Kurs der CDU-Präsidenten eingeschwenkt. Der Kandidat zur ZEIT: „Ich bin aus Überzeugung für den Boykott.“

Einen Monat noch zögerte der Kanzler, während seine Getreuen bald inoffiziell, bald ganz öffentlich die Boykottidee verpönten, um so den wachsenden Druck aus Amerika abzubiegen. Indes: Im April befürworteten nur noch 37 Prozent der Bevölkerung den Gang nach Moskau. Im Verein mit Volkes Stimmung setzte sich schließlich die kühl kalkulierte Bündnisräson durch: Widerwillig empfahlen Kanzler und Kabi-

nett dem NOK am 23. April, „keine Mannschaft zu den Olympischen Sommerspielen 1980 zu entsenden“. Das Fazit? Helmut Schmidt zog es selbst, als er dem Bundestag am selben Tag eingestand: „Die Bundesregierung hat sich zu ihrer Empfehlung nicht leichten Herzens entschlossen...“ Und: „Am 3. August werden die Olympischen Spiele vorbei sein. Doch unsere Solidarität mit Amerika... muß sehr viel länger halten.“

Beispiel „Wirtschaftssanktionen“. Der amerikanische Sanktionsappell an die Verbündeten fiel in der CDU/CSU, der „Partei des Großkapitals“, rasch auf offene Ohren. Die Bundesregierung gehöre an die Seite der Vereinigten Staaten, forderte der Wirtschaftsexperte der Unionsfraktion, Elmar Pieroth, im Februar: „Die Koalition darf nicht weiter herumlavieren und jedermanns Liebling sein wollen.“ Gegen das weitverbreitete Argument vom mageren diplomatischen Ertrag wirtschaftlicher Vergeltung führte der stellvertretende CDU-Vorsitzende Kurt Biedenkopf überwältigende politische Prioritäten ins Feld: „Es muß der Sowjetunion signalisiert werden, daß für die Bundesrepublik die Sicherung der Freiheit und die Abwehr äußerer Aggression Priorität vor dem Geschäft hat.“ Franz Josef Strauß zur ZEIT: „Osthandel zu normalen Konditionen — ja. Aber wir werden damit aufhören müssen, daß wir Ostexporte vorfinanzieren, bloß um damit Aufträge zu erlangen.“

Gesprächstherapie als Politik

SPD-Geschäftsführer Egon Bahr hielt derviel sehr wenig von Wirtschaftssanktionen. Erstens dürften die Amerikaner von ihren Verbündeten nicht „mehr verlangen als das, was sie selbst einsetzen“. Zweitens bezweifelte er den Wert einer „Politik der Nadelstiche gegen die Sowjetunion“. Und drittens zog er das erzieherische Gespräch zwischen Kanzler und Kremelführer als probates Mittel vor: „Viel eher können... Gespräche, das heißt: Einwirkungen auf die UdSSR, etwas bewirken, weil so deutlich gemacht werden kann, was in deren eigenem Interesse liegt.“ Gesprächstherapie als Politik?

Gegenüber dem Spiegel machte der Kanzler deutlich, wo des Pudels Kern lag: „Ein Viertel aller Deutschen lebt ostwärts der Bundesrepublik... Infolgedessen (hat) unsere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion für die Deutschen auch eine größere politische Bedeutung als für die Amerikaner.“ Und weiter: „Das heißt nicht, daß unsere Interessen verschieden sein müssen; aber es gibt bestimmte Dinge, die uns noch näher liegen als anderen.“

Diesen „deutschlandpolitischen Determinismus“ will die Opposition nicht gelten lassen. Osthandel war ja stets auch ein politisches Instrument: Kredite, Korn und Computer sollten sich wie ein Netz um die Sowjets legen, um sie an einen westlichen Kodex des Wohlverhaltens zu binden. Daraus aber folgt, daß den Sowjets das Füllhorn kapitalistischer Großmut wieder entzogen werden müsse, wenn sie sich in außenpolitische Abenteuer à la Afghanistan stürzen.

Den zweiten Teil dieser Theorie haben bislang — wenn überhaupt — nur die Amerikaner beherrigt. Walther Leisler Kiep zur ZEIT: „Man gewinnt manchmal den eigenartigen Eindruck, wir seien mittlerweile vom eigenen wirtschaftlichen Interesse abhängig geworden und deshalb gehindert, das Sanktionsinstrument einzusetzen.“ Ist der Westen inzwischen „interdependenter“ geworden als der Osten?

Beispiel „Nachrüstung“. Im Dezember vergangenen Jahres faßte die Nato einen Doppelbeschluss, um die wachsende (je nach Rechnung zwei- bis dreifache) sowjetische Überlegenheit im europäischen Mittelstreckengebiet zu verringern. Unter dem Motto „Reden und Rüsten“ bot sie Moskau zugleich Verhandlungen an. „Im Idealfall“, so Helmut Schmidt, könne das Bündnis auf die Aufstellung neuer Raketen und

Fortsetzung nächste Seite

Mit weniger sollten Sie nicht zufrieden sein. Und mehr sollten Sie nicht zahlen. Lancia Beta.


Lernen Sie einmal den Lancia Beta) näher kennen — und Sie werden Ihre Vorstellungen von dem, was ein Auto dieser Hubraum- und Preisklasse zu bieten hat, revidieren. Es beginnt mit einem Antriebskonzept aus Zweinockenwellen-Maschine, Frontantrieb und serien-

mäßigem 5-Gang-Getriebe, das den Lancia Beta nicht nur von Wagen seiner Klasse abhebt, sondern auch von weit teureren. Es geht weiter mit einem ausgeklügelten, aufwendig konstruierten Fahrwerk mit Einzelradaufhängung und Federbeinen an allen vier Rädern

und vier Scheibenbremsen. Und mit einer Ausstattung, die auch bei höchsten Ansprüchen keine Wünsche mehr offen läßt: z.B. automatische Niveauregulierung der Halogenscheinwerfer, Servolenkung (beim 2000), höhenverstellbares Lenkrad und ein Cockpit, das in An-

ordnung und Styling weltweit einmalig ist. Schön zu wissen, daß sich die Qualitäten dieses Autos auch auf eine mustergültige Verarbeitung beziehen. Mit 6 Jahren Garantie gegen Durchrostungs-Schäden. Und daß der Lancia Beta — gemessen an dem,

was er bietet — auch im Preis eine erfreuliche Ausnahme ist.

LANCIA 

In jeder Klasse ein schönes Stück weiter.

Schicken Sie mir Unterlagen über den neuen Lancia Beta 1980.
 Wo steht in meiner Nähe ein Wagen zur Probefahrt bereit?
 Name: _____
 Anschrift: _____
 Beruf: _____
 An die Fiat Automobil AG
 Postfach 1763, 7100 Heilbronn



*) 1600 ccm, 74 kW bzw. 100 PS, 170 km/h. Verbrauch ECE-Norm: 7,2 l S/90 km/h, 9,6 l S/120 km/h, 11,4 l S/Stadtverkehr. 2000 ccm, 85 kW bzw. 115 PS, 178 km/h. Verbrauch ECE-Norm: 6,8 l S/90 km/h, 9,3 l S/120 km/h, 11,8 l S/Stadtverkehr

Fortsetzung von Seite 11

Cruise Missiles ganz verzichten, wenn die Sowjets ihrerseits ihr überlegenes Potential wieder abbauen. Die Sowjetunion hat Gespräche bislang hartnäckig verweigert — doch dafür ist der Brüsseler Entschluß ins Gerede geraten.

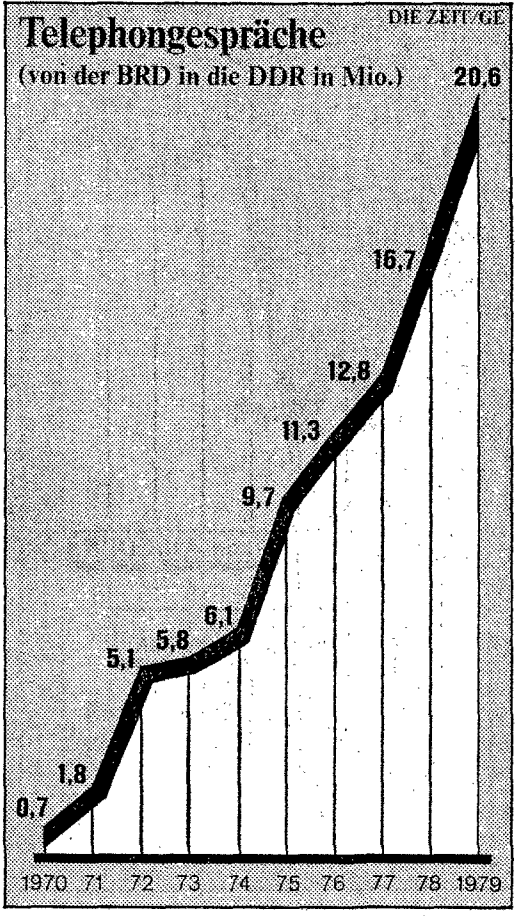
Helmut Schmidt: „Ich war einer der Verursacher dieses Beschlusses und denke schon deswegen nicht im Traum daran, davon abzurücken.“ Die Russen wissen: Schmidt hat sogar das Problem „erfunden“, als er 1977 als erster westlicher Staatsmann vor dem eurostrategischen Überhang der Sowjets warnte.

Seitdem hat der Druck aus der Partei nicht nachgelassen — während der Druck aus der Sowjetunion wächst. „Die drohenden Forderungen an Bonn, sich am Nachrüstungsbeschluß der Nato nicht zu beteiligen“ — so der Sicherheits- und „Entspannung“ zum Erpressungshebel gegen Bonn geworden ist...

Und was würde die Opposition konkret tun, falls ihr am 5. Oktober die Regierungsverantwortung zufällt?

„Wir werden den Nachrüstungsbeschluß ohne wenn und aber vollziehen“, versichert Friedrich Zimmermann, Chef der CSU-Gruppe im Bundestag, in einem Gespräch mit der ZEIT. „Der Westen muß sofort mit der Produktion der neuen Mittelstreckenwaffen beginnen, denn die Sowjets werden erst dann ernsthaft verhandeln, wenn sie sehen: Da geschieht etwas.“

Die Opposition setzt da deutlich andere Akzente. Die „mittteleuropäischen Belange“ der Bundesrepublik sollen in einer „gemeinsamen westlichen Strategie“ verankert werden. Mertes: „Wir werden für die Sowjetunion, aber auch für den Westen unüblicher werden, denn es darf keine ‚Sonderinteressen‘ gegenüber der DDR und der Sowjetunion geben, die im Gegensatz zum Bündnis stehen.“



machen will, sondern 1938 — Appeasement. Wollen wir der Sowjetunion wirklich das Gefühl geben, sie könne sich alles erlauben? Der Westen muß auf breiter Front gegenhalten — und in diesem Konzert muß die Bundesrepublik mit einigen Geigen vertreten sein.

Gegenüber der DDR — so Mertes — gelte es, sich wieder stärker auf das uralte diplomatische Prinzip vom do ut des — Leistung und Gegenleistung — besinnen. Zimmermann drückt diese Devise nicht ganz so elegant aus: „Runter mit dem Reisealter für DDR-Bürger, oder keine müde Mark!“

Fazit: In der Außenpolitik — so will scheinen — präsentiert die CDU/CSU ein deutliches Kontrastprogramm. Doch die fatalen Sachzwänge sind auch der Opposition nicht ganz fremd. „Natürlich hat die Bundesrepublik ihre eigenen außenpolitischen Interessen“, gibt Zimmermann zu. „In breiten Bereichen der Außenpolitik wird es keine Änderungen geben.“

„Unter Helmut ist's uns gutgegangen“

Warum ein alter Kumpel immer wieder die SPD wählt / Ein Porträt von Dieter E. Zimmer

Neunundvierzig ist Otto Szymaniak, ein ruhiger Mann, seine Frau nennt ihn fast zu gutmütig. An seinen Händen und Armen sieht man viele kleine blaue Narben, Kohlenstaub, die Spuren eines Lebens unter Tage. Er kommt aus einer Essener Bergmannsfamilie, mit 16 ging er selber „auf den Pütt“, wurde Hauer in der Zeche Katharina, Streckenmeister, Rutschenbaas. 1968 kam für ihn der große Schlag: Eines Tags steckte die rote Karte da: „Grubenverbot, Staub in der Lunge, da durfte er nicht mehr einfahren.“

In Essen wohnt er nicht. Seine Frau, die in einem Essener Kürschnerbetrieb arbeitet, kommt vom Land und wollte immer schon bauen. Ganz früh schon hatte er einen Bausparvertrag abgeschlossen. Wegen seiner Atembeschwerden, die er immer noch hat, wollte er weg aus dem Ruhrgebiet. Durch die Bausparkasse fand er ein Grundstück im Münsterland, in einem inzwischen eingemeindeten Dorf nahe der Stadt Ahaus.

Zur Arbeit in Essen sind es fast hundert Kilometer; mit dem Käfer nach Ahaus, dann mit dem Zug nach Dülmen zur Strecke Gronau-Dortmund. Das sind morgens und abends je zwei Stunden. Darüber beklagt er sich nicht. Vielmehr ist eine der großen Befürchtungen in seinem Leben, die mit jedem neuen Fahrplan wieder auflebt, daß der Bahnbetrieb eingeschränkt oder die Strecke, wie vor ein paar Jahren schon angedroht, ganz stillgelegt wird.

Ist er im großen und ganzen zufrieden? Zufrieden, das weiß er nicht recht; aber stolz jedenfalls ist er. „Meine Tochter ist Realschullehrerin geworden, wir haben das Haus gebaut. Für einen

einfachen Bergmann ist das eine ganz gute Leistung. Das schaffen von hundert keine zehn.“ Politisch schwankt er nicht im mindesten.

Aber in der Partei ist er nicht. „So Kämpferaturen waren wir keine“, sagt seine Frau. „Wir haben immer nur unser Haus gesehen und daß die Tochter was wird. Mein Vater war in der Partei unter Hitler, der hat so elendig gelitten darunter, daß ich zu Karl gesagt habe, ich möchte nicht, daß er sich engagiert, gerade hier so auf dem Dorf.“

„Es geht uns gut. Wir haben gebaut unter der SPD. Zum Beispiel das 624-Mark-Gesetz: das ist einmalig, was die da geschaffen haben. Meine Tochter ist Lehrerin, sonst hätte sie es sicher nicht geschafft. Auch mit der Streckenstilllegung hier: Die SPD hat's geschafft, daß wir immer noch mit der Bahn fahren können.“

Aber hatte er denn damals, als die Zeche zugemacht wurde, nicht doch eine Wut auf die Regierung? „Ein Schock war das, und was für einer. Aber eine Wut auf die SPD hatte ich nicht. Vorher, da gab's die Feierschichten, so von 63 bis 69, zweimal in der Woche Feierschicht. Sie können sich ja vorstellen, was wir da noch verdient haben. Vorher hatte ich wirklich ein Schweinegeld verdient auf'm Pütt, aber mit den Feier-

schichten war das eine ganz schlimme Zeit. Das war ja unter der CDU gewesen.“

„Welche Politiker gefallen ihm? „Na wem schon! Unsern Helmut, nee? Und den kleinen Grantigen da, den Wehner, mit seiner Piepe. Der Schmidt ist ein Mann, der kann reden, der überzeugt einen auch. Diese Fete, die der da macht, für alle, die Schmidt heißen, das finde ich Klasse. Ich glaube nicht, daß einer von den CDU-Leuten das so bringen könnte.“

„Und Strauß? „Strauß war unser Untergang.“ Die Frau wirft ein: „Der ist doch ein Choleriker. Der kann sich selber nicht beherrschen.“ Aber was genau ist es, das er von der CDU fürchtet? „Tja, was könnte da passieren? Viele Nachteile für uns. Bei der Grundsteuer und die 7 b und das 624-Mark-Gesetz, das wir brauchen, um die Zinsen zu bezahlen, das liegt der CDU sowieso schon im Magen. Irgendwie werden die uns beschneiden, da bin ich ganz sicher. Und die Ostzone wird abgehakt.“

„Daß die einen mehr haben und die anderen weniger, nimmt seine Frau auf. „Ich bin auch für den Fortschritt, und ich seh, die Großen werden größer, das berühmte Lied. Aber wenn sich einer mal hochgearbeitet hat, und dann kommt jemand und sagt: Das gehört euch nicht mehr, wir müssen mal teilen, da wär ich auch gegen. Darum bin ich nicht so mißgünstig gegen die Reichen. Die sind auch nicht glücklicher. Man kann nicht mit allen Mitleid haben.“

Beim Thema Terroristen dämpft sie ihren Mann. Er nämlich wird da scharf: „Da haben sie nicht hart genug durchgegriffen. Solche Leute gehören hinter Gitter, ich will nicht sagen Kopf ab, aber Terroristen bleiben Terroristen, die werden's immer bleiben. Solche Leute gehören nicht in unsere Gesellschaft rein, die müssen weg. Darum sag ich: Sofort weg vom Fenster! So intelligente Menschen, was denken die sich eigentlich? Was besteht, das machen wir kaputt, aber was bieten sie denn an Neuem? Sie müßten die Strafen raussetzen, aber dann haben wir sie wieder länger am Freßstuch. Jedenfalls sind wir froh über jeden, der dabei ums Leben kommt und keinen weiter töten kann.“

Otto Szymaniak hat was geschafft. Das Haus steht und strahlt säuberlich. Die Tochter ist etwas geworden. Zur Arbeit fährt er gern. Aus Reisen macht er sich nichts, lieber trödelt er im Haus herum. Was braucht einer zum Glück? Kurkeln, Klaren, Kasten Bier, Sportschau nicht zu vergessen. Das hat er erreicht. „Unter Helmut ist's uns gutgegangen.“

In der letzten Woche porträtierte Dieter E. Zimmermann einen Nicht-Wähler; in der nächsten Ausgabe der ZEIT stellt er eine FDP-Wählerin vor.

WARUM HÄLT SICH DAS KINDERHILFswerk TERRE DES HOMMES NICHT AUS DEM WAHLKAMPF HERAUS?

STICHWORT: AUSBEUTUNG UND ARBEITSPLÄTZE.

terre des hommes hilft Kindern in Not: in Brasilien, Marokko, Thailand, Indien, Südkorea, Kolumbien... diese Namen stehen für Armut, Landflucht, Arbeitslosigkeit, für zerbrechende Familien, hungernde und ausgebeutete Kinder.

Armut und Hunger sind jedoch meistens kein Schicksal, sondern die grauenhaften Folgen von ungleicher Verteilung, Unterdrückung und Ausbeutung!

Die gleichen Politiker aber, die jede humanitäre Arbeit anerkennen, fördern in großem Maßstab die weitere Ausbeutung von Kindern und Familien der III. Welt durch deutsche Unternehmen, die dafür Steuererleichterungen, Bürgschaften und sogar Millionenkredite aus ihren Steuerzahlungen bekommen. Dazu können wir nicht schweigen!

Deshalb mischen wir uns in den Wahlkampf ein!

Es kann doch nicht richtig sein, daß wir mit unseren mühsam gesammelten Spenden verarmten Familien und Kindern helfen müssen, in solchen Ländern, in denen gerade deutsche Unternehmen eben diese Kinder und Familien zu Hungerlöhnen für sich schufteten lassen. Zwar können wir mit Spenden die schlimmsten Folgen dieser Ausbeutung zur Armut lindern, aber es ist doch zynisch, daß umgekehrt deutsche Unternehmen aus dieser Armut noch Millionen-gewinne herausohlen!

Spenden helfen Not zu lindern - Politik kann ändern!

Deshalb mischen wir uns in den Wahlkampf ein. Denn als Wähler haben wir die Chance, unsere Abgeordneten in die Pflicht zu nehmen. Wir brauchen verantwortungsbewusste Politiker, die es ernst meinen mit dem Kampf gegen Hunger und Armut - die sich nicht mehr dazu bereiterklären, die Ausbeutung von Kinderarbeit und der Arbeitskraft verarmter Familien in der III. Welt durch deutsche Unternehmen noch aus Steuermitteln zu fördern! Im Wahlkampf sind unsere Politiker auf jede Stimme angewiesen; melden Sie sich zu Wort! Keine Steuermittel mehr für »Hungerlohnfabriken«!

Befragen Sie Ihren Kandidaten!

- Wie sie/er sich einsetzen will, daß deutsche Unternehmen nicht aus unseren Steuermitteln das Elend »billiger« Arbeitskräfte ausnutzen können in Ländern der III. Welt - gegen deutsche Arbeiterinnen und Arbeiter, denen man ihre Rechte auf Sozialleistungen und Arbeitsschutz nicht so einfach abnehmen kann.
Wie sie/er sich einsetzen will, um zu verhindern, daß Ausbeutung und Unterdrückung in der III. Welt bei uns noch durch Regierungskredite gefördert werden können.
Wie sie/er verhindern will, daß dadurch auch bei uns Arbeitsplätze vernichtet und weltweit notwendige Struktur-reformen unterlassen werden.

Befragen Sie Ihren Kandidaten!

Fragen Sie deshalb öffentlich Ihren Kandidaten - unabhängig davon, welcher Partei Sie sich nahe fühlen - was sie/er konkret tun wird, damit die Ausbeutung der Armen nicht durch unsere Steuermittel gefördert wird. Lassen Sie Ihre Kandidaten nicht mit der platten Ausrede durch-

wenn wir es nicht tun, tun es andere«. Fragen Sie nach, was er international zu tun gedenkt.



Er hat keine Wahl! Dieser Junge arbeitet unter Tage als »Bergmann« für DM 40,- Monatslohn 8 Stunden täglich. Er hat keine Chance - entweder geht er oben in den Plantagen oder unter Tag an der Kohle zu Grunde. Die »billige« Kohle, die er bricht, geht auch an deutsche Unternehmen. Ausbeutung und Kinderarbeit sorgen für hohe Gewinne dieser Unternehmen, die sich mit Förderung der Bundesregierung in diesem Land angesiedelt haben, wie in anderen Ländern der III. Welt auch!

Das sind die Tatsachen:

- Deutsche Firmen lassen in Süd Korea arbeiten, wobei sie die 60-Stunden-Woche durchsetzen können; zusätzlich sichert die Militär-diktatur den deutschen Unternehmen »Schutz vor unerwünschten Auseinandersetzungen mit der Arbeiterschaft« zu. Dieser Schutz besteht im brutalen Einsatz von Polizei- und Militärgewalt gegen Arbeiterinnen und Arbeiter, die sich für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen einsetzen. Projektpartner von terre des hommes wurden deshalb verhaftet! Unsere Politiker fördern diese deutschen Unternehmen im Rahmen der »Entwicklungshilfe«(!)
Deutsche Unternehmen lassen in Tunesien für einen Stundenlohn von 84 Pfennigen Näherinnen für sich arbeiten bei 45 1/2 Wochenstunden, Streikverbot und Verbot gewerkschaftlicher Zusammenarbeit. Dazu gibt die Bundesregierung diesen Unternehmen Kredite und Förderungen.
Für weniger als 2 US-Dollar Tageslohn läßt Siemens in Malaysia »flinke Arbeiterinnen« Elektronik montieren; die Arbeiterinnen in Regensburg wurden entlassen.
Im Rahmen der »Entwicklungshilfe« fördern unsere Politiker Unternehmen, die weltweit die Armut der Menschen in unterentwickelten Ländern nutzen. Dabei werden stets solche Menschen ausgebeutet, die bei Strafe des Verhungerns gezwungen sind, sich um jeden Preis für jede Arbeit zu verkaufen.
Da solche Auslagerungen von Arbeitsplätzen fördern die Armut der III. Welt aus unseren Steuermitteln gefördert werden, versuchen auch die reichen Oberschichten in diesen Ländern von diesen Geldern zu profitieren: Sie werben mit dem Elend der Armen! Hierzu ein Beispiel aus Lateinamerika: »Billige Arbeitskraft: Dies ist zweifellos der Hauptanreiz, den die Industrie- und

Handelsfreizeite bieten kann... Die Arbeitskräfte sind leicht anlernbar; befähigte Ausbilder stehen zur Verfügung. Infolge der hohen Arbeitslosenrate, des raschen Bevölkerungswachstums und der Abwanderung aus den ländlichen Gebieten können männliche und weibliche Arbeitskräfte praktisch in jeder Zahl sofort eingestellt werden.

Fragen Sie Ihren Kandidaten!

Wenn Sie mehr Fakten zum Thema Ausbeutung & Arbeitsplätze wissen möchten, dann schicken Sie uns einfach den Coupon dieser Anzeige ausgefüllt zurück. Wir halten eine kleine Sammlung der wichtigsten Tatsachen für Sie bereit.

Armut und Hunger sind kein Schicksal, sondern die Folge von Unterdrückung und Ausbeutung!

Ich bitte um die Materialien

- Rüstung und Unterentwicklung
Futtermittel und Hunger
Ausbeutung und Arbeitsplätze
tdh allgemein (zutreffendes bitte ankreuzen)

Name:

Anschrift:

terre des hommes, Postfach 4126, Ruppenkampstr. 11a, 4500 Osnabrück

Dresdner Bank Osnabrück (BLZ 265 800 70) Konto-Nr. 7 100 000, Postscheckamt Hamburg (BLZ 200 100 20) Konto-Nr. 2 611-203



terre des hommes